

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Führer. 1933-1936 1934**

127 (10.5.1934) Badischer Staatsanzeiger

# Badischer Staatsanzeiger

Folge 74

10. Mai 1934



## Gegen Landflucht und Gefindenot in der Landwirtschaft

Der augenblickliche Stand der Arbeitslosigkeit ist auch im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland dadurch gekennzeichnet, daß zwar ein ungeahnter Erfolg bereits erzielt ist, daß dieser aber bei richtiger Verteilung der Arbeitskräfte auf die gegebenen Arbeitsmöglichkeiten noch wesentlich ausgeweitet werden kann. Noch immer stehen in den Städten zahlreiche Arbeitslose in Unterzählung, während die Landwirtschaft, aber auch die Hauswirtschaft, die in erheblicher Zahl dringend benötigten Arbeitskräfte nicht bekommen können und auch der freiwillige Arbeitsdienst Mühe hat, die zahlreichen ausgleichswilligen und noch ausgleichswilligen Arbeitslosen zu erreichen. Diese z. T. durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung hervorgerufenen, nicht beachteten, aber auch nicht notwendige Entwicklung bedarf der ernstesten Beachtung. Die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen sind vor kurzem beim Württembergischen Wirtschaftsministerium und beim Badischen Ministerium der Wirtschaft und Finanzen mit sämtlichen beteiligten Stellen eingehend erörtert worden. Der Württ. Herr Wirtschaftsminister, der Badische Herr Ministerpräsident und der Herr Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart haben auch bereits an alle Volksgenossen öffentlich den dringenden Appell um Mitarbeit im Kampf gegen Landflucht und die Gefindenot in der Landwirtschaft gerichtet.

Um diesen Kampf noch wirksamer führen zu können und eine nach jeder Richtung gerechte, den wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Belangen Rechnung tragende und nach einheitlichen Gesichtspunkten durchzuführende Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze zu erreichen, hat ein weiteres zu geschehen: Es muß diese Verteilung — wenigstens vorübergehend — von einer Stelle aus erfolgen. Dies ist nach der ganzen Stellung, die ihm im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zugewiesen ist, das Arbeitsamt. Unter dem Vorsitz des amtierenden Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland, Direktor Burkhardt, wurde diese Frage am 2. ds. Mts. in Stuttgart, am 3. ds. Mts. in Karlsruhe mit den Wirtschaftsministerien und alle den in Frage kommenden Dienststellen erneut eingehend besprochen. Hierbei kam als übereinstimmende Auffassung zum Ausdruck, daß unter allen Umständen eine weitere Abwanderung von Arbeitskräften vom Land und aus der Landwirtschaft in die Stadt, d. h. in Industrie und Gewerbe verhindert werden muß; darüber hinaus aber müsse dem Gefindenot in der Landwirtschaft, und zwar sowohl dem Dauerbedarf wie dem saisonmäßig bedingten, dadurch Rechnung getragen werden, daß die Rückführung der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten, vom Land und aus der Landwirtschaft stammenden und für diese geeigneten Kräfte, vor allem der jugendlichen und ledigen beiderlei Geschlechts, auf das Land und in die Landwirtschaft mit stärkstem Nachdruck betrieben wird. Übereinstimmung herrschte auch darüber, daß dieses Ziel nur erreichbar ist, wenn die gesamte Arbeitsvermittlung vorübergehend ausschließlich durch die Arbeitsämter erfolgt. In dieser Erkenntnis sind sämtliche Teilnehmer an den Besprechungen dem Vorschlag des Präsidenten des Landesarbeitsamts entsprechend übereingekommen, sich vorübergehend (zunächst bis 30. September 1934) einem Zwangswang der Arbeitsämter zu unterwerfen und demgemäß Arbeitsverträge nur mit Personen abzuschließen, die sich im Besitz einer Zuweisungskarte des Arbeitsamtes oder einer gesetzlich zugelassenen Vermittlungsrichtung befinden. Um den verschiedenen gelagerten Verhältnissen Rechnung zu tragen, sind die Vorsitzenden der Arbeitsämter ermächtigt worden, im Benehmen mit den örtlichen Stellen zu prüfen und zu bestimmen, in welchem Zeitpunkt und für welche Berufsgruppen diese Vereinbarung wirksam wird. Sämtliche Teilnehmer an den Besprechungen haben sich weiter verpflichtet, die Arbeitsämter bei der in der nächsten Zeit im Benehmen mit den Betriebsführern, AEW, Kreisbauern und Kreislandwirtschaftsleitern durchzuführenden Rückführung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften aus den industriellen und gewerblichen Betrieben in die Landwirtschaft nachdrücklich zu unterstützen.

Der Präsident des Landesarbeitsamts hat die Arbeitsämter mit den erforderlichen Anweisungen zur Durchführung der getroffenen

Vereinbarung versehen. Die Arbeitsämter sind hierbei ersucht worden, zunächst den Bedarf und die Aufnahmefähigkeit in der Landwirtschaft zuverlässig festzustellen und im übrigen nicht schematisch zu verfahren, sondern die besonderen Verhältnisse des Einzelfalles, die wirtschaftlichen sowohl wie die sozialen, zu berücksichtigen. Auch die weiter an der Vereinbarung beteiligten Stellen werden ihre nachgeordneten Dienststellen usw. über den Zweck und Inhalt des Abkommens unterrichten und sie ersuchen, an dessen Verwirklichung je in ihrem Teil nach Kräften mitzuwirken. Der Erfolg der Aktion wird davon abhängen, daß gerade die örtlichen Stellen, insbesondere jeder Unternehmer und Arbeiter, sich von den gleichen zwingenden Erwägungen leiten lassen, die zum Abschluß der vorliegenden Vereinbarung geführt haben. Der Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland richtet an sie alle die dringende Bitte: Helft mit an der Bekämpfung der Unruhe in der Landwirtschaft und der Landflucht überhaupt! Die Ernährungs-

grundlage und andere Lebensinteressen des deutschen Volkes stehen auf dem Spiel! Gemeinnutz vor Eigennutz!

## Weitere Telegramme zum Bugginger Grubenunglück

Zu dem schweren Grubenunglück, das sich auf dem Kalibergwerk Buggingen ereignet hat, spreche ich Ihnen aufrichtiges Beileid aus und bitte Sie, namentlich auch den Hinterbliebenen der in treuer Pflichterfüllung ums Leben gekommenen Bergleute den Ausdruck meiner Teilnahme zu übermitteln.

Reichsarbeitsminister Franz Selbte.

Tief bewegt durch die erschütternde Nachricht von der Katastrophe in Buggingen, spreche ich der badischen Landesregierung meine warme Teilnahme aus an der Trauer um die in treuer Pflichterfüllung verunglückten Bergleute.

Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath.

Erschüttert von dem folgenschweren Unglück, dem 86 schaffende Volksgenossen ihres Ganges auf der Grube Buggingen zum Opfer fielen, bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der in Ausübung ihrer Pflicht ums Leben gekommenen Volksgenossen mein tiefgefühltes Beileid zu übermitteln.

Dr. Robert Ley.

Mit meiner Befahrung übermittle zu dem schweren Grubenunglück Buggingen aufrichtigste Anteilnahme.

Kommandant Kreuzer Karlsruhe.

Ihr Beileid drücken weiter aus: Ministerpräsident v. Kiliński namens der Sächsischen Staatsregierung. Staatsminister Jung für die heftige Regierung. Reichsstatthalter Sprenger, Frankfurt. Staatsminister Dr. Scharf für das Land Mecklenburg. Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Herr Joerner. Präsident des Deutschen Salz Bundes Kommerzienrat Loh, und Präsident des Deutschen Kali-Syndikats, Gerhard Nord.

## Spenden für die Angehörigen der Verunglückten

Wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, sind im Laufe des Mittwoch aus dem ganzen Reich telegraphisch weitere Spenden zur Unterstützung und Existenzsicherung der Angehörigen der in Buggingen verunglückten badischen Bergarbeiter eingelaufen.

Das Amt für Beamte der Obersten Leitung der PD. der NSDAP. und der Reichsbund der Deutschen Beamten haben zur Pinderung der Not RM. 30 000.— überwiesen. Vom Salzwerk Heilbronn gingen RM. 3 000.— und von der Stadt Saarbrücken RM. 1 000.— ein, ferner vom Gesamtverband der Deutschen Arbeitssopfer in Berlin RM. 500.—

## Fahrpreisermäßigung auf der Reichsbahn

Der Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz-Abteilung Kultus und Unterricht — hat an die Direktoren der drei Landeshochschulen folgenden Erlaß gerichtet:

Nach Mitteilung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Wissenschaftliche Akademikerhilfe, hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft genehmigt, daß eine Ermäßigung auf den halben Fahrpreis für Teilnehmer am freiwilligen Arbeitsdienst auch den erwerbslosen Akademikern, die zur wissenschaftlichen Akademikerhilfe herangezogen werden und in Arbeitsgruppen wie in Lagern des Arbeitsdienstes zusammengefaßt sind, für die Hin- und Rückfahrt gewährt wird.

Die Anträge auf Fahrpreisermäßigung werden von den Arbeitsämtern bescheinigt, wenn ihnen als Unterlage das erforderliche Einberufungsschreiben, das von der Notgemeinschaft der Wissenschaften unterschrieben und gestempelt sein muß, vorgelegt wird.

Den Akademikern stehen die Arbeiterwochenkarten und die Fahrpreisermäßigung bei gemeinsamen Fahrten nicht zu.

Die Bestimmungen und Antragsformulare können bei der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft angefordert werden.

## Berufung in den Ausschuss für das Schlagerdenkmal

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

„Unterrichtsminister Dr. Wacker hat mit Ermächtigung des Herrn Reichsstatthalters in Baden Herrn Fabrikant Ludwig Dettmer in Unglücken in den vom Herrn Reichsstatthalter eingeleiteten Ausschuss für das Schlagerdenkmal berufen.“

Pressegeheimlich verantwortlich: F. Moraller, Karlsruhe.

## Hauswirtschaftliches Jahr für Mädchen

Von den 600 000 Mädchen, die Ostern 1934 aus deutschen Volksschulen entlassen wurden, kann leider ein beträchtlicher Teil keine Lehr-, Ausbildungs- oder Arbeitsstellen erhalten. Auch die eigenen Familien können häufig keine hinreichende und geeignete Beschäftigung bieten. Auf keinen Fall dürfen diese Mädchen das Leben in der Arbeitsgemeinschaft des Volkes mit Arbeitslosigkeit beginnen.

Auf einem Gebiete ist noch genug Arbeit vorhanden: in den deutschen Haushaltungen.

Die hauswirtschaftliche Arbeit ist den körperlichen und geistigen Kräften der jungen Mädchen angemessen. Ihre Erlernung ist zur Vorbereitung der deutschen Mädchen für ihren künftigen Beruf als Hausfrau und Mutter notwendig. Auch für das später berufstätige Mädchen ist sie dringend erwünscht.

Die Abwendung der Arbeitslosigkeit von den jungen Mädchen und ihre einseitige berufliche Schulung soll erreicht werden durch das Hauswirtschaftliche Jahr für Mädchen.

Dieses soll in Haushalten abgeleistet werden, die bereit und geeignet sind, ein junges Mädchen für 1 Jahr aufzunehmen, ohne daß durch diese Einstellung eine Hausgehilfin verdrängt wird. Vornehmlich werden Haushalte mit Kindern gebraucht, in denen die Hausfrau selbst mitarbeitet. Unter mütterlicher Leitung und mitlobend in der Familie soll das junge Mädchen die grundlegenden hauswirtschaftlichen Tätigkeiten erlernen. Dabei übernimmt der BDM die Betreuung der jungen Mädchen in der Freizeit.

Die Aufnahme in den Haushalt erfolgt schlicht um schlicht. Die Hausfrau trägt lediglich die Beiträge für die Krankenversicherung.

Die Vorschriften über Steuererleichterungen für Hausgehilfinnen finden Anwendung.

Zur Durchführung dieser Aufgabe haben sich die NS-Frauenkraft und das Deutsche Frauenwerk, dem auch die Reichsgemeinschaft Deutscher Hausfrauen angehört, die Reichsjugendführung mit dem Bund Deutscher Mädchen und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen.

Ein Arbeitsausschuß, in dem sich Vertreterinnen der genannten Organisationen und der Reichsanstalt befinden, sorgt für die Werbung und Bereitstellung von geeigneten Haushalten. Auch die Mädchen, mehr aber noch deren Eltern, müssen durch ihn für das hauswirtschaftliche Jahr gewonnen werden. Die Zuweisung der Mädchen in die Haushalte erfolgt durch die Berufsberatungsjahren der Arbeitsämter. Durch einen Anlernvertrag sollen Hausfrau und Jungmädchen gegenseitig verpflichtet werden. Nach Ablauf des hauswirtschaftlichen Jahres sorgt die Berufsberatung der Reichsanstalt für die endgültige Eingliederung der Jungmädchen in hauswirtschaftliche und andere weibliche Berufe.

Durch das hauswirtschaftliche Jahr soll nicht nur dem jungen Mädchen unmittelbar geholfen werden. Jede Hausfrau, die sich hieran beteiligt, schafft zugleich unschätzbare Werte für die deutsche Familie und das deutsche Volk, indem sie den jüngsten weiblichen beruflichen Nachwuchs vor der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen bewahrt und die Jugend wieder auf die hauswirtschaftliche Arbeit lenkt.

## Abschluß der Reichspressekonferenz

\* Berlin, 9. Mai. Die große Reichspressekonferenz der NSDAP. in Berlin, an der über 400 Mitglieder der nationalsozialistischen Pressearbeit teilnahmen, fand am Mittwoch mittag ihren Abschluß.

Reichspressechef der NSDAP., SS-Gruppenführer Dr. Dietrich, faßte in seinem Schlusswort die Eindrücke der Tagung noch einmal zusammen. Er erwähnte das unerhörte Erlebnis, das die Rede des Führers am Dienstag den nationalsozialistischen Pressemännern geschenkt habe, und dankte allen Beteiligten für die im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung geleistete Arbeit. Er sprach die Hoffnung aus, daß jeder von dieser Tagung mit neuen Anregungen und neuen Eindrücken nach Hause gehen werde, und daß die Tagung sich fruchtbar in der nationalsozialistischen Presse auswirken werde. Er teilte der Versammlung ferner mit, daß der preußische Ministerpräsident Hermann Göring im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert sei, der Tagung aber seine herzlichsten Grüße schickte und mitteilen lasse, daß er sich gerade mit der nationalsozialistischen Presse immer eng verbunden fühlen werde. Mit einem Sieg-Heil auf den Führer schloß Dr. Dietrich dann die außerordentlich wirkungsvoll verlaufene Tagung.

Amisleiter Dresler von der Reichspressestelle der NSDAP. faßte den Dank der Teil-

nehmer der Tagung an Dr. Dietrich in einer kurzen Ansprache zusammen, die mit einem Hoch auf Dr. Dietrich endete.

Am Donnerstag beschäftigt ein großer Teil der Teilnehmer an der Tagung das Schiffshewer Niederfinow.

Reichsminister Dr. Goebbels empfing heute nachmittag unmittelbar nach ihrer Ankunft in Berlin die Vertreter der südslawischen Presse zum Abschluß ihrer Deutschlandreise. Der Reichsminister betonte, daß er sich freue, die Vertreter des größten europäischen Südoststaates begrüßen zu können. Ohne Frage hätten sie auf ihrer Deutschlandreise gesehen, daß hier der ernsthafte Versuch gemacht werde, eine schwere Krise zu überwinden. Der Reichsminister betonte mit tiefem Ernst, daß er

allein schon das Neben von einem Kriege für verbrecherisch

halte. Europa habe noch nicht einmal den alten Krieg überwunden, wie könne man auf den verbrecherischen Gedanken kommen, ihn durch einen neuen überwinden zu wollen. Deutschland habe keine andere Absicht, als mit edlem Eifer an der Arbeit zu sein, um sein eigenes eben in Ehre und Freiheit aufzubauen.

An die Begrüßung durch Reichsminister Dr. Goebbels schloß sich eine ausgedehnte herzliche Aussprache an.

„Der Führer“

Donnerstag, 10. Mai 1934, Folge 127, Seite 3

Millionen gebrauchen täglich  
**Chlorodont**  
die Qualitäts-Zahnpaste.